No. 3 Winnipeg, Man., Donnerstag, den 19. Januar 1911. Achter Jahrgang.

Die „Germania" ist eine der verbreitetsten Zeitungen in Manitoba, Saskatchewan und Alberta und sichert Anzeigen den größten Erfolg. Der Abonnementspreis beträgt nur $1.00 pro Jahr im Voraus.

Die „Germania" erscheint jeden Donnerstag in der Office Cor. McDermot & Albert Str. (Telegram Gebäude).

Bestellungen und Mitteilungen freundlichst erbeten an

Germania Publ. Co., Limited.
Winnipeg, Man.
Phone: Garry 3338 P.O.B. 2707

Germania

Provincial Library

The "GERMANIA" has a large Circulation in Manitoba, Saskatchewan and Alberta and is the best Medium for Advertising.

The "GERMANIA" is published every Thursday at the Office Cor. McDermot Ave. & Albert St. Telegram Building.

Subscription $1.00 a Year.

ADVERTISING RATES will be given on Application.

Germania Publ. Co., Limited.
Winnipeg, Man.
Phone: Garry 3338 P.O.B. 2707

Vierzig Jahre des Friedens

Gestern waren 40 Jahre vergangen, seit durch die Kaiserproklamation zu Versailles das neue Deutsche Reich gegründet wurde. Eine geraume Zeit in einem Menschenleben, aber nur eine kurze Spanne in der Geschichte der Völker. Und doch welch' gewaltigen Fortschritt hat das junge Reich in dieser Zeit erzielt. Zur Zeit der Gründung von nur 38 Millionen Menschen bewohnt, zählt es jetzt rund 63 Millionen Einwohner und hinzu kommt noch die nicht unbeträchtliche Zahl der Bewohner der in den 80 Jahren erworbenen Kolonien. Diese große Steigerung der Bevölkerungszahl hat stattgefunden, obwohl mehrere Millionen der im kräftigsten Alter stehenden Männer in den 40 Jahren auswanderten. Handel und Industrie haben einen ungeahnten Aufschwung genommen und geben jetzt so Vielen Beschäftigung, daß in den letzten Jahren die Auswanderung auf wenig über 20,000 herabgegangen ist. Der Schiffbau, welcher bei Grünung des Reiches kaum in den Kinderschuhen steckte, hat sich ganz besonders entwickelt. Während selbst Kriegsschiffe im Anfang in England für die deutsche Flotte gebaut wurden, werden selbst die größten Handelsdampfer Deutschlands jetzt auf deutschen Werften hergestellt, Schiffe, welche an Größe, Schnelligkeit und bequemer Einrichtung nicht nur den besten Englands gleichkommen, sondern sie vielfach noch übertreffen.

Der Norddeutsche Lloyd besitzt heute die größte Dampferflotte der Welt und die Hamburg-Amerika-Packet-Schiffahrtsgesellschaft steht ihr ebenbürtig zur Seite.

Hand in Hand mit dem Aufschwung der deutschen Handelsflotte ging das Wachstum des deutschen Außenhandels, in welchem Deutschland an zweiter Stelle unter den Weltmächten steht und nur von Großbritannien übertroffen wird. Der gewaltigen Zunahme der Industrie entsprach die Umwandlung eines großen Teils der früher im landwirtschaftlichen Gewerbe Beschäftigten in Industriearbeiter. Es ist ein ehrenvolles Zeichen für das Deutsche Reich, daß es bahnbrechend in der Fürsorge für die Arbeiter gewesen und daß die soziale Gesetzgebung des Deutschen Reiches bedeutend weitgehender ist, als die irgend eines anderen größeren Industriestaates. Dieses Lob verliert nicht dadurch, daß auch heute noch nicht all das auf sozialem Gebiet getan ist, was viele wünschen.

Der große Aufschwung des Deutschen Reichs seit seiner Gründung war nur möglich, weil die deutschen Staatsmänner eine Politik des Friedens verfolgten. Dies muß besonders hervorgehoben werden, da von englischer Seite beliebt wird, Deutschland stets als den Störenfried anzuschwärzen. Als im Jahre 1873 in Frankreich der Staatsstreich stattfand, durch welchen die Monarchisten wieder ans Ruder zu kommen hofften, riet Moltke zum Kriege, da Frankreich ungerüstet und jetzt eine Gelegenheit sei, dasselbe für lange Zeit unschädlich zu machen. Bismarck lehnte den Rat jedoch unter der Begründung ab, daß ein Krieg nur dann geführt werden dürfte, wenn er absolut nicht zu umgehen sei. Im Jahre 1887 während der Schnäbele-Affäre zur Zeit des Boulanger-Enthusiasmus in Frankreich war es wieder Bismarck's Besonnenheit, die trotz französischer Provokation den Frieden rettete. Der Streit mit Spanien um den Besitz der Karolinen-Inseln wurde dem Papst als Schiedsrichter unterbreitet und damit friedlich beigelegt. Als im Jahre 1888 Wilhelm der Zweite den Thron bestieg, da war es wieder die englische Presse, die von Kriegsgelüsten des neuen Monarchen sprach. Aber 22½ Jahre sind vergangen und auch er hat oft unter schwierigen Verhältnissen den Frieden erhalten, teilweise indem er sich in Gegensatz zu der öffentlichen Meinung Deutschlands setzen mußte. Während des Burenkrieges stand die öffentliche Sympathie im Deutschen Reich überwiegend auf Seiten der Buren und die Bevölkerung wünschte eine Intervention zugunsten der Buren. Ein solches Eingreifen hätte jedoch einen Krieg mit England zur Folge gehabt und es war daher weise, wenn auch damals nicht populär, daß die deutsche Regierung England gegenüber eine wohlwollende Neutralität bewahrte. Auch in der Marokko-Affäre hat Deutschland sich friedfertig erwiesen, indem es nicht auf seinen berechtigten Ansprüchen beharrte, sondern die Erledigung der Angelegenheit einem internationalen Schiedsgericht überließ. Noch eine große Zahl ähnlicher Fälle ließen sich anführen, doch die erwähnten im Zusammenhang mit der Tatsache, daß Deutschland 40 Jahre lang Frieden bewahrt, genügen völlig zum Beweis seiner friedfertigen Politik.

Nicht unwesentlich würde dem Deutschen Reich seine Rolle als Bewahrer des Friedens durch den im Jahre 1878 mit Oesterreich-Ungarn und Italien abgeschlossenen Dreibund erleichtert, ein Bund, welcher nur gemeinsamer Verteidigung diente. Von Zeit zu Zeit erneuert, besteht er noch heute in Kraft und besonders das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der österreichischen Monarchie hat sich seitdem immer herzlicher gestaltet.

Sind wir Deutschen im Ausland auch zumeist Bürger eines neuen Landes geworden, so freuen wir uns doch der wachsenden Macht und Achtung, deren sich das Deutsche Reich erfreut. Ist doch damit die Stellung der Deutschen selbst eine gesichertere und geachtetere geworden. Als Bürger eines neuen Landes wollen wir Vorkämpfer deutscher Gesittung und Kultur sein und jeder Fortschritt des alten Vaterlandes wird uns dann mit doppeltem Stolz erfüllen.

Groß wie die Entwicklung des Deutschen Reiches in den letzten 40 Jahren gewesen, ist es doch nur ein Beginnen und wenn ein weiteres Jahrzehnt beendet und ein halbes Jahrhundert zur Neige gegangen ist, wird die deutsche Bevölkerung über noch größere Errungenschaften als jetzt sich freuen können..

Deutsche Aeroplane für Rußland.

Die russische Regierung, die vor einiger Zeit von der Parseval-Luftfahrzeuggesellschaft einen Militärballon erworben hat, gedenkt in Deutschland weitere Bestellungen zur Erweiterung ihrer Luftflotte zu machen. Seit einiger Zeit weilt eine aus drei höheren russischen Offizieren bestehende Kommission in Berlin, die sich bereits mit mehreren großen Luftfahrzeugfabriken wegen eines größeren Abschlusses in Verbindung gesetzt hat. Wie verlautet, sollen mehrere Wright-Doppeldecker, Albatros-Farman- und Sommerapparate sowie einige Eindecker System Erich angekauft werden. Die Kommission stattete mehreren Gesellschaften Besuche ab und besichtigte die Werkstätten eingehend. Einige Maschinen wurden den Herren in Johannisthal vorgeführt. Die russischen Offiziere waren mit den Leistungen der Apparate sehr zufrieden, so daß Deutschland die Bestellung der Aeroplane wahrscheinlich übertragen werden wird. Bekanntlich waren vor einiger Zeit zwischen der russischen Regierung und Henri Farman Verhandlungen bezüglich eines Ankaufs von zwanzig Exemplaren seines Militär-Doppeldeckers im Gange, doch ist bisher eine Bestellung nicht erfolgt.

Urteil im Moabiter Prozeß.

In den Berliner Blättern wird die Begründung des bereits gemeldeten Urteils in dem Moabiter Krawallprozeß auf das eifrigste besprochen. Als die Hauptstelle der Entscheidungsgründe wird hervorgehoben: das Gericht habe die Ueberzeugung gewonnen, daß polizeiliche Mißgriffe und Uebergriffe stattfanden, und zwar in einer größeren Anzahl von Fällen, nicht in einzelnen. Diese seien insbesondere ganz grundlos in Fällen von Beleidigung, doch seien die vorgekommenen Mißgriffe durch schwere mehrtägige Aufreizungen entschuldbar. Durchaus unerwiesen seien das Vorhandensein von Lockspitzeln und der Mißbrauch der Waffe als Ausfluß von polizeilicher Rohheit. Die liberalen Blätter bezeichnen den Ausgang des Prozesses als eine schwere Niederlage des Reichskanzlers Dr. von Bethmann Hollweg und des Polizeipräsidenten v. Jagow. Die Organe der Mittelparteien bedauern das stattgehabte Bestreben, aus der Affäre einen politischen Prozeß abzuleiten. Dies wäre besser unterblieben, da erdrückendes Beweismaterial nicht vorhanden gewesen. Hingegen sind die konservativen Zeitungen hiermit nicht einverstanden. Sie heben hervor, die Polizei habe ihre vollste Pflicht getan. Durch sofortige Energie aber, anstatt der anfänglichen Milde, würde alles vermieden worden sein. An der Hetzerei trage der sozialdemokratische „Vorwärts" die moralische Hauptschuld. Alle Blätter stimmen darin überein, daß das Urteil die vollste Integrität und Unabhängigkeit der preußischen Richter beweise. Wie verlautet, bereitet das Lustspielhaus eine Bühnendarstellung der Moabiter Ereignisse vor. Der letzte Akt soll in das Schwurgericht verlegt werden.

Jubiläumsfeier der Stadt Dirschau.

Unter großartigen Feierlichkeiten begeht die Stadt Dirschau im Regierungsbezirk Danzig der Provinz Westpreußen das Jubiläum ihres 650-jährigen Bestehens. Die Vorbereitungen für die festlichen Veranstaltungen sind seit langer Zeit getroffen worden. Auch von auswärts wird lebhafte Teilnahme bekundet. Dirschau zählt rund 14.300 Einwohner.

Die Vorlage betreffs Groß-Berlins.

Den preußischen Landtag, welcher am 10. Januar wieder zusammengetreten ist, wird, neben dem Etat, in erster Linie die auf den Zweckverband Groß-Berlin bezügliche Vorlage beschäftigen. Die Bestimmungen der Maßregel, welche vor einer Woche vom Ministerrat nach langwierigen Beratungen angenommen wurde, wurden veröffentlicht. Groß-Berlin wird darnach umfassen: Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Wilmersdorf, Lichtenberg, sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim. Der Berliner Oberbürgermeister führte den Vorsitz im Zweckverband, welcher aus 100 Vertretern besteht, welche von städtischen Kollegien und Kreistagen gewählt werden. Als Zwecke der Vereinigung werden angeführt: Regelung des Bahnverkehrs, Festsetzung von Baufluchtenplänen, Erwerbung eines Wald- und Wiesengürtels. Der Geldbedarf wird durch Matrikularbeiträge aufgebracht. Der Zweckverband ist berechtigt, Bahnen und Anstalten zu erwerben, zu betreiben und zu verpachten.

In Verbindung hiermit ist die Nachricht von Interesse, daß die Stadt Berlin und die Große Berliner Straßenbahngesellschaft gegenwärtig über eine Verlängerung der Konzession für letztere verhandeln und über eine spätere Verstadtlichung des Unternehmens. Es wird gehofft, daß eine Einigung noch vor dem Inkrafttreten des Zweckverbandes, daß schon in einigen Monaten erfolgen soll, erzielt werden wird.

Neues aus Oesterreich.

Rücktritt des päpstlichen Nuntius.

Der bisherige päpstliche Nuntius in Wien, Msgr. Granito di Belmonte, dessen Abberufung schon früher gemeldet wurde, hat anläßlich seines Scheidens von dem Posten, welchen er seit dem 24. März 1904 bekleidete, vom Kaiser Franz Joseph das Großkreuz des St. Stephans-Ordens erhalten. Der Papst hat Msgr. Granito den erbetenen Rücktritt bewilligt, weil dessen Stellung in Wien keine besonders günstige war und es nicht anging, ihn noch ein weiteres Jahr auf einem für ihn doppelt schwierigen Posten zu belassen, denn bis zum nächsten Konsistorium, in welchem Monsignore Granito de Belmonte zweifellos den Kardinalshut erhält, wird mindestens ein Jahr vergehen. Der Papst hat beschlossen, im Jahre 1911 kein Konsistorium abzuhalten.

* * *

Der deutsch-nationale Verband gegen Freiherrn von Bienerth.

Das neue Kabinet Bienerth steht, kaum ins Leben gerufen, bereits vor einer ernsten Krise, die seinen Zusammenbruch mit sich bringen mag. Der deutsch-nationale Verband, welcher alle deutschen Parteien, mit Ausnahme der Christlich-Sozialen, umfaßt, macht energisch Front gegen den Ministerpräsidenten Freiherrn v. Bienerth. Die Ernennung des ausgesprochenen Tschechenfreundes Grafen Franz von Thun und Hohenstein zum Statthalter von Böhmen anstelle des Grafen v. Coudenhove hat unter den Mitgliedern des deutsch-nationalen Verbandes größte Erbitterung hervorgerufen, und eine oppositionelle Stimmung ist reißend rasch zum Durchbruch gekommen.

Wie von bestunterrichteter Seite verlautet, ist Freiherr v. Bienerth entschlossen, sofort zurückzutreten, falls er im Parlament nicht die erforderliche Unterstützung findet. Da der deutsch-nationale Verband sich schwerlich auf leere Drohungen beschränken wird, so mag der Ministerpräsident sehr bald in die Lage kommen, aus einem feindseligen Verhalten seiner vordem treuesten Stützen die Konsequenzen zu ziehen.

Inzwischen machen sich die Folgen des abermaligen Scheiterns der in Prag geführten Ausgleichsverhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen für Böhmen drückend fühlbar. Die Finanznot des Landes, dessen Kassen wegen der Unmöglichkeit, den Landtag flott zu machen und regelmäßige Bewilligungen zu erlangen, völlig erschöpft sind, hat sich zu einer wahren Kalamität ausgewachsen. Es gilt jetzt als zweifelhaft, ob die Lehrergehälter weiter bezahlt werden können.

* * *

Abkommen getroffen.

Zwischen der ungarischen Regierung und der Hamburg-Amerika Linie, dem Norddeutschen Lloyd, der Holland-Amerika-Linie, der Red Star Linie und der Französischen Dampfergesellschaft ist ein Abkommen getroffen worden, das darauf abzielt, die nun bestehenden Uebelstände bei der Anwerbung von Auswanderern zu beseitigen. Die erwähnten Dampfergesellschaften verpflichten sich, die im Lande verstreuten Privatauswanderungsagenturen zu schließen und in Zukunft das Auswanderergeschäft durch ihre Zentralen in Budapest und ihre Grenzagenturen zu betreiben. Auch verpflichten sie sich, ihr Geschäft in Ungarn auf Ungarn zu beschränken, so daß ihnen die Kundschaft der Russen und Slaven, die früher stark ihre Linien via Ungarn benützten, verloren geht. Ferner haben sich diese Gesellschaften bereit erklärt, mit der Cunard-Linie, die nun Auswanderer von Fiume aus befördert, ein Abkommen zu treffen, das einen Rotenkrieg verhütet.

Ein spätes Geständnis.

Laut Meldung aus Hannover hat ein Lohnarbeiter namens Fischer das Geständnis abgelegt, daß er seinerzeit den Rittmeister von Krosigk ermordet habe. Später hat er das Geständnis allerdings widerrufen und behauptet, er habe die Aeußerungen nur in der Trunkenheit gemacht. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet. Rittmeister v. Krosigk wurde am 21. Januar 1901 in der Militärreitbahn zu Gumbinnen durch einen Karabinerschuß ermordet. Das Verbrechen erregte damals das größte Aufsehen. Die langwierigen Prozeßverhandlungen vermochten den geheimnisvollen Fall nicht aufzuklären.

Große Sterblichkeit in der Mandschurei.

Depeschen von Charbin melden, daß sich im dortigen Chinesenviertel täglich 150 Todesfälle infolge der Beulenpest ereignen. Es ereignen sich Szenen, die an solche aus dem Mittelalter erinnern. Leichen, die von Hunden aufgefressen sind, werden einfach in den Fluß Amur geworfen und verpesten dann den Fluß.

Zur diesjährigen Kieler Woche.

Das Fachblatt „Wasserport" in Kiel veröffentlicht die Bedingungen, welche für die deutsch-amerikanische Regatta, mit welcher die diesjährige Kieler Woche eingeleitet werden wird, festgesetzt wurden. Das Sonderjachtrennen wird am 19. Juni stattfinden. In Sportkreisen wird dem bevorstehenden Ereignis allgemein das größte Interesse entgegengebracht.

Zwölf Mann beim Untergang des Dampfers „Maria Ruß" ertrunken.

Auf der Nordsee herrscht ein überaus schwerer Südweststurm, der viel Unheil mit sich bringen dürfte. Eine Hiobsbotschaft liegt bereits vor. Der Hamburger Dampfer „Maria Ruß", der auf der Fahrt von Hamburg nach Nantes begriffen, ist auf der Höhe von Norderney gesunken. Von der Mannschaft sind zwölf ertrunken. Ein Schoner eilte zur Hilfe, vermochte aber wegen des Wogenganges sein Boot nicht herunterzulassen. Drei Mann auf der „Maria Ruß" versuchten ein Boot klar zu machen, aber eine gewaltige Welle spülte es über Bord. Die drei Leute wurden gleichfalls ins Wasser gerissen, konnten aber gerettet werden.

„Hildebrandt" aufgefunden.

Der deutsche Ballon „Hildebrandt", der seit seinem Aufstieg in Schmargendorf am 29. Dezember vermißt war, wurde in einem See in der preußischen Provinz Pommern aufgefunden. Die Leichen der beiden Aeronauten befanden sich in der Gondel. Man hatte angenommen, daß Dr. Röhrs und sein Gefährte ihren Tod in der Ostsee fanden, da der Ballon bei seinem Aufstieg diese Richtung einschlug. Die Aeronauten hatten eine 48stündige Luftreise geplant und nichts war mehr von ihnen gesehen worden seit ihrem Aufstieg, obgleich ein Luftschiff, das man für den „Hildebrandt" hielt, über Hoegavaes, Schweden, wegfliegend gesichtet wurde.

Empfang des neuen Statthalters von Böhmen durch Kaiser Franz Joseph.

Kaiser Franz Joseph hat den Grafen Franz von Thun und Hohenstein empfangen und ihn in aller Form zum Statthalter von Böhmen ernannt anstelle des Grafen v. Coudenhove, welcher infolge der abermals gescheiterten Ausgleichsverhandlungen vor einiger Zeit seine Entlassung genommen hat. Der Monarch betonte, daß der neue Statthalter seine Hauptaufgabe darin erblicken müsse, den Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen zu bringen. Graf Thun, am 2. September 1847 geboren, war ehemals Ministerpräsident und Minister des Innern.

Der Bericht Richter Robson's.

Richter Robson, welcher auf Wunsch der Stadtverwaltung Winnipegs von der Provinzialregierung eingesetzt wurde, um die Beschuldigungen des Rev. Shearer zu untersuchen, hat in der Vorwoche seinen Bericht eingereicht, der am Samstag veröffentlicht wurde.

Der Bericht bestätigt den Eindruck, den aufmerksame Beobachter bereits bei der Untersuchung hatten, nämlich, daß der Richter alles in seiner Macht Befindliche tat, um den Rev. Shearer zu schonen. Aber wenn man auf den eigentlichen Sinn des Berichts eingeht, kann man nicht umhin, darin eine Verdammung der Beschuldigungen Shearer's zu finden. Der Richter sagt in seinem Bericht ausdrücklich, daß die Titellinien in den Torontoer Zeitungen, welche das Interview mit dem Rev. Shearer brachten, nicht der Wahrheit entsprachen. Da diese jedoch nur den Inhalt der Aeußerungen Shearer's in kurzer Form wiedergeben, so ist damit Shearer selbst gerichtet, obwohl der Richter dies nicht ausdrücklich zugiebt, sondern inbezug auf die Aeußerungen Shearer's selbst sich eines Urteils enthält und vielmehr als Antwort eine Schilderung bestehender Zustände folgen läßt. Daß in Winnipeg wie in jeder anderen Großstadt sittliche Mißstände bestehen, war niemandem zweifelhaft und dazu war die Berufung des Richters nicht nötig. Was viel mehr interessierte, war die Frage, sind die Verhältnisse in den beiden letzten Jahren besser oder schlechter geworden. Die große Mehrheit der Einwohner Winnipegs glaubt, daß die Verhältnisse sich gebessert haben und hat darum Mayor Evans durch Wiederwahl mit großer Mehrheit ein Vertrauensvotum gegeben; aber sie hätte doch gern gesehen, wenn der Richter auf diese Frage in seinem Bericht eingegangen wäre; da er jedoch bei der Untersuchung hierauf seine Erhebungen zu erstrecken ablehnte, mußte natürlich der Bericht sich auch über diese Frage ausschweigen.

Ein weiterer Befund des Richters, nämlich, daß die Polizei Winnipegs von jeder Anschuldigung des Grafes freizusprechen sei, muß ebenfalls als eine Verurteilung Shearer's aufgefaßt werden, der von Graft gesprochen und davon, daß die Bewohnerinnen des Segregationsdistriktes die Polizei bezahlt hätten. Es wurde in der Untersuchung erwiesen, daß dies nicht der Fall, sondern daß von einigen Häusern Privatdetektivs beschäftigt wurden.

Soweit wie die obenerwähnten Fragen in Betracht kommen, wird der Bericht voraussichtlich bald der Vergessenheit anheimfallen; dagegen scheint es, als ob die Liberalen die Stellen des Berichts, welche über den Verkauf geistiger Getränke handeln, zu einer Parteifrage aufbauschen und vor die Legislatur bringen wollen, womit voraussichtlich weiter nichts bezweckt wird, als sich bei den Temperenzlern Liebkind zu machen. Denn die Antwort, die von der Lizensbehörde und dem Provinzialpolizeirichter vor der Kommission gegeben wurde, daß es schwer wäre, genügend Leute zu finden, die sich zu dem verächtlichen Beruf eines „Spotter" hergeben, ist genügend Grund, um relativ seltene Bestrafung wegen Verkaufs von geistigen Getränken zu erklären.

Im übrigen giebt der Bericht noch eine Reihe von Vorschlägen über Gesetzesänderungen, welche eine Ueberführung bei Fällen sittlicher Vergehen erleichtern und werden voraussichtlich dieselben bei der Dominion-Regierung beantragt werden.

Neue Erdstöße in Turkestan.

Nach Depeschen aus Taschkent, Russisch Turkestan, sind in Wiernyj der Hauptstadt von Semirytschensk, weitere Erdstöße erfolgt, doch waren diese nur leicht.

Die Lage in Portugal.

Nachdem der Streik der Eisenbahner in Lissabon beendet, wurde der regelmäßige Betrieb wieder aufgenommen. Der Streik der Arbeiter der Gasanstalten hält jedoch noch an, aber man erwartet, daß er auch zu einem schnellen Ende kommen wird, da das Volk im allgemeinen sehr dagegen ist. Man fürchtet, daß die Sache der Republik darunter leiden wird. Um zu zeigen, daß sie das Ministerium unterstützen wollen, veranstalteten mehrere tausend Arbeiter einen Straßenumzug und marschierten dabei an den Regierungsgebäuden vorüber. Die Gasarbeiter suchten das Beleuchtungssystem lahm zu legen, indem sie die Hauptleitungsröhren abzuschneiden versuchten, aber diese werden jetzt scharf von Militär bewacht, während Soldaten, Feuerwehrleute und Mitglieder der republikanischen Ausschüsse in den Gasanstalten arbeiten, um den Gasvorrat zu ergänzen, der in den Morgenstunden ausging. Unordnungen wurden nicht gemeldet.

Kreuzer „Freya" auf der Heimfahrt.

Der große Kreuzer „Freya" ist auf der Heimkehr von Trinidad begriffen. Das Eintreffen des Schiffes, welches vom Kapitän z. S. Schaumann befehligt wird und im Dienste der meteorologischen Wissenschaft tätig gewesen ist, wird von zahlreichen Fachleuten mit Spannung erwartet. Die „Freya" war nach den westindischen Gewässern gesandt worden, um die von Professor Hergesell im Jahre 1909 an Bord der „Victoria Luise" ausgeführten Erforschungen der höheren Luftschichten mittels Ballons vorgenommen wurden. Die Forschungen geschahen unter der Leitung des Dr. Jonas von der internationalen Kommission für wissenschaftliche Luftschiffahrt, über die Resultate ist vordem nichts bekannt geworden. Bei den im Jahre 1909 von der „Victoria Luise" aus unternommenen Forschungen erreichten die zwischen Teneriffa und Westindien täglich aufgesandten Registrierballons durchschnittlich 15,000 Meter Höhe. Mit 17,600 Metern gelangte man zur größten bisher über dem Meere erreichten Höhe, wobei mit 81 Grad Celsius unter Null die niedrigste je über dem Meere festgestellte Temperatur abgelesen wurde. Die Stärke der Passate war an der Wasseroberfläche am größten und betrug 12 Meter in der Sekunde. Bis zur Höhe von 5000 Metern nahm die Stärke stetig ab, und direkt über dem Passat wurde eine Gegenpassatströmung ermittelt, die in einer Höhe von 8000 Metern bereits eine Stärke von 40 Metern in der Sekunde erreichte. Diese Passatstärke blieb permanent und unabhängig von den Witterungsverhältnissen auf der Erdoberfläche. Als wichtiges Ergebnis dürfte die Feststellung gelten, daß in der mittelamerikanischen Tropengegend in den Höhen über 10.000 Meter die Luft bei weitem kälter ist, als in den arktischen Breiten.

Chauvinistischer Verein aufgelöst.

Die Regierungsbehörden in Metz haben die chauvinistische „Lorraine Sportive" aufgelöst. Es ist dies derjenige Verein, dessen Konzert am letzten Sonntag verboten wurde, woran sich dann die gemeldeten schweren Ausschreitungen schlossen, welche das Einschreiten des Militärs veranlaßten. Der Vorsitzende des Sportvereins, Alexis Damain, ist, einer späteren Meldung zufolge, in Haft genommen worden. Mitglieder des Vereins besetzten die Gartenanlagen am Bismarckturm, entkamen aber, ehe man ihrer habhaft werden konnte.

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

Eine Anzahl von Kindern brach beim Schlittschuhlaufen in Köln auf dem Rhein durch das Eis. Fünf von ihnen ertranken und vier andere konnten nur mit Mühe ins Leben zurückgerufen werden.